

Februar 2010

Freidenker **zwischen Havel und Oder**



Eine Information des Brandenburgischen Freidenker-Verbandes e.V.

KEIN SOLDAT MEHR.

Unter diesem Motto findet am 20. Februar 2010 ab 13 Uhr auf dem Berliner Bebelplatz eine bundesweite Protestdemonstration statt.

**DEM FRIEDEN EINE CHANCE –
TRUPPEN RAUS AUS AFGHANISTAN**

Die Freidenker gehören zu den Unterstützern: www.afghanistandemo.de

Vom Verbandsvorstand gibt es dazu den folgenden Aufruf:

20. Februar 2010, Berlin:

Truppen raus aus Afghanistan!

Der Deutsche Freidenker-Verband unterstützt die Proteste von Friedens- und Antikriegsintitativten für ein Ende des Krieges in Afghanistan.

Die Freidenker unterstützen den Appell an die Bundestagsabgeordneten: „Stimmen Sie mit Nein! Schicken Sie keine weiteren Truppen, sondern ziehen Sie diese ab!“ Den Forderungen des Demonstrations-Aufrufs „Waffenstillstand, Truppenabzug und zivile Hilfe“, schließen wir uns an.

Aus unserer Sicht genügt es aber nicht, an allseits Bekanntes zu erinnern, dass nämlich Soldaten „keine Entwicklungshelfer in Uniform“ sind, dass die „Bundeswehr tötet“, dass die Afghanen sich „nicht befreit, sondern besetzt“ fühlen. Spätestens nach der Feststellung: „Das nährt den bewaffneten Widerstand“ erwidern wir: Als Friedensbewegung müssen wir sagen, was Sache ist!

Der NATO-Krieg gegen Afghanistan ist ein völkerrechtliches Verbrechen. Die Besetzung Afghanistans durch die USA, Deutschland und ihre Verbündeten vergewaltigt das Selbstbestimmungsrecht der Afghanen. Der Widerstand gegen die Invasoren und Besatzer – auch mit militärischen Mitteln – ist ein unveräußerliches Recht aller unterdrückten Länder.

Im Kampf für Frieden reicht es uns nicht, die militärischen Mittel gegen die vorgeblichen politischen Ziele abzuwägen und die begangenen Gewalttaten im Rahmen der von den Herrschenden erlaubten Zweck-Mittel-Logik als ungeeignet, unverhältnismäßig, unmoralisch etc. abzulehnen.

Wir dürfen nicht darauf verzichten, die strikte Einhaltung des Friedensgebots des Grundgesetzes und des Gewaltverbots der Charta der Vereinten Nationen zu fordern. Wenn wir uns auf eine Güterabwägung zwischen angeblichen Zielen wie „Aufbau“, „Stabilisierung“, „Frauenemanzipation“ etc. und den dafür notwendigen, eben leider auch Opfer fordernden Mitteln einlassen, so laufen wir von vornherein Gefahr, der Kriegslobby in die Hände zu arbeiten.

Wissen doch die Befürworter des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan nur zu genau, dass sie die Menschen nicht zur Hinnahme ihrer mehrheitlich abgelehnten Politik bewegen könnten, würden sie sich darauf beschränken, mit „Argumenten“ für eine aberwitzige „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ zu werben.

Setzen sie doch ganz darauf, dass es vor allem Ressentiments gegen den äußeren und inneren „Feind“ sind, die, von Geheimdiensten, Politik und Medien systematisch geschürt, ihre politisch lähmende Wirkung auf der Seite der Kriegsgegner entfalten.

Deshalb reden sie vom „Krieg gegen Terrorismus“. Deshalb berufen sie sich zum Beweis für die „terroristische Bedrohung“ immer wieder unverfroren auf die offizielle 9/11-Verschwörungstheorie, für welche die USA bisher keinen einzigen stichhaltigen Beweis geliefert haben. Sie schüren Ressentiments gegen Islamismus und Taliban und unterdrücken eine nüchterne Debatte über diese vom Westen provozierten Erscheinungen. Im Namen westlicher Werte fordern sie „Solidarität mit unseren Verbündeten“.

Die deutsche Regierung ist dafür zur Rechenschaft zu ziehen, dass sie auf Grundlage einer bis heute geheim gehaltenen Darstellung des US-Regierungsvertreters der am 2. Oktober 2001 im NATO-Rat der Erklärung des „Verteidigungsfalls“ und damit der offiziellen Begründung der USA für den Angriff auf Afghanistan zugestimmt hat. Tatsächlich verhält es sich so, wie kürzlich der Bundesverwaltungsrichter Dieter Deiseroth in einem Interview (siehe Telepolis vom 15. Dezember 2009, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/31/31729/1.html>) festgestellt hat: „Bis heute hat keine unabhängige Stelle die angeblichen oder tatsächlichen Beweise überprüft und nachprüfbar festgestellt, wer für die Anschläge von 9/11 verantwortlich war.“ Selbst nach Darstellung der US-Regierung befanden sich keine Afghanen unter den Tätern.

„Bei den Tätern von 9/11 und ihren Mit-Verschwörern – wer auch immer diese waren – handelte es sich“, so der Jurist, „um kriminelle Straftäter. Es ging um organisierte terroristische Kriminalität. (...) Soweit man über die toten Attentäter hinaus weitere Tatverdächtige oder Hintermänner außerhalb der USA in Afghanistan oder anderen Staaten («safe haven») vermutete, hätte man – bei Vorliegen entsprechender konkreter Beweise – ihre Auslieferung betreiben müssen, um sie vor Gericht zu stellen. Art. 2 Nr. 3 der UN-Charta sieht ausdrücklich vor, dass alle Staaten ihre internationalen Streitigkeiten, also auch diejenigen etwa über eine Auslieferung von Tatverdächtigen und deren Gehilfen oder Hintermänner, ausschließlich durch friedliche Mittel beizulegen haben.“

Es besteht kein Wahlrecht zwischen der völkerrechtlichen Pflicht zu einer friedlichen Streitbeilegung und einer militärischen Gewaltanwendung nach Art. 51 UN-Charta, soweit letztere über die unmittelbare Abwehr eines gegenwärtigen oder gegenwärtig unmittelbar bevorstehenden «bewaffneten Angriffs» hinausgeht.“

Nur Stunden nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten, noch bevor irgendwelche Beweise geprüft werden konnten, nannten „Bundesbehörden“ den Hauptverdächtigen: Osama bin Laden, den angeblichen Chef von al-Qua'ida. Nahezu unbekannt in der Öffentlichkeit ist bis heute, worauf auch Deiseroth hinweist: „Interessanterweise wird Osama Bin Laden vom FBI bis heute nicht wegen 9/11 gesucht. Warum? Weil man, so Erklärungen von Offiziellen des FBI, gegen ihn in Sachen 9/11 keine gerichtsverwertbaren Beweise hat.“

Und dennoch, obwohl die oberste Strafverfolgungsbehörde der USA nicht über solche gerichtsverwertbaren Beweise gegen OBL verfügt, hat man

Freidenker zwischen Havel und Oder

Kriege angefangen, zuerst in Afghanistan, dann gegen Irak, möglicherweise bald auch in Pakistan.“ Und Jemen, Iran ... ?

Deutsche Politiker sind ferner dafür zur Rechenschaft zu ziehen, dass sie im Rahmen des sogenannten «Petersberg-Prozesses» das demokratisch nicht legitimierte und weithin korrupte Karzai-Übergangsregime in Afghanistan maßgeblich mitinstalliert haben, in dem auch die mit schrecklichen Menschenrechtsverletzungen belasteten Warlords eine wichtige Rolle spielen. Hierzu noch einmal Richter Deiseroth:

„Eine Politik, die ein solches Regime als Protektorat durch ausländische Interventionsmächte (USA und NATO-Staaten) mit Hilfe der ISAF-Verbände etabliert und seitdem auch stützt, ist mit dem Selbstbestimmungsrecht der afghanischen Bevölkerung schwerlich zu vereinbaren. Den Vorgaben des Friedensgebotes des Grundgesetzes und dem auch in der UN-Charta verankerten Selbstbestimmungsrecht der Völker, nämlich frei und ohne Einmischung durch andere Staaten über den eigenen politischen Status zu entscheiden und die eigene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei zu gestalten, entspricht sie nach meiner Auffassung nicht. ISAF und OEF gehen immer stärker ineinander über. Die völkerrechtlichen Defizite der OEF wirken sich deshalb auch immer stärker zu Lasten von ISAF aus.“

Unsere aktuelle Aufgabe als Friedensbewegung ist es, darüber aufzuklären, dass der Krieg der Bundeswehr in Afghanistan gegen elementare Normen der Charta der Vereinten Nationen und des Grundgesetzes verstößt.

Notwendig ist die Aufklärung über die völlige Verlogenheit der Kriegsbegründung: fordern wir gemeinsam mit vielen Juristen in aller Welt, darunter sehr bekannten Völkerrechtlern, die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Abläufe und Verantwortlichkeiten für die Terroranschläge von 9/11! Diese Aufgabe steht auch nach der Demonstration am 20. Februar.

Schließlich hat die grundsätzliche, nur langfristig durchzusetzende Forderung angesichts des Afghanistan-Krieges höchste Aktualität:

Das Kriegsbündnis NATO gehört abgeschafft – deshalb:

Raus aus der NATO!

Wintersonnenwende in Potsdam

Am 19. Dezember 2009 trafen sich einige Freidenker und Anhang zu einer kleinen Wintersonnenwendfeier bei Oliver.



Wie immer, gab es einen Film. Nach einiger Diskussion haben wir uns für „Das Leben der Anderen“ entschieden. Natürlich hat dieser Film einen Propaganda-Zweck, aber es war trotzdem interessant, wie der Film von „Ossi“ und „Wessi“ unterschiedlich aufgenommen wird und wie im Film der Auftrag der Staatssicherheit in erster Linie den sexuellen Bedürfnissen eines Ministers dient und damit an der eigentlichen politischen Funktion dieser Einrichtung vorbeigeht. Und es werden Fragen aufgeworfen, wie denn der BND und die anderen Geheimdienste heute arbeiten.

Potsdamer Runden 2010

Bei unserer ersten Zusammenkunft am 7. Januar 2010, wie immer im „Mandarin“, haben wir den Arbeitsplan beraten. Zu den Ergebnissen weiter unten und auf unserer Internetseite www.brandenburger-freidenker.de.

Bei unserer **Februarrunde am 4. Februar 2009** beschäftigten wir uns mit dem **KORSO** (Koordinierungsrat säkularer Organisationen). Ralf Lux sprach zur Entstehungsgeschichte und über die bundesweit tätigen Mitgliedsorganisationen.



Bundesweit wirkende Verbände:

Deutscher Freidenkerverband, Sitz Dortmund (DFV), Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW), Humanistischer Verband Deutschlands (HVD), Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA), Jugendweihe Deutschland (JwD)

Bundesweite Akademien und Stiftungen:

Giordano Bruno Stiftung zur Förderung des evolutionären Humanismus (gbs), Humanistische Akademie Deutschland (HAD), Stiftung Geistesfreiheit Hamburg, Stiftung UNITATES

Regionale Organisationen und Stiftungen:

Humanismus Stiftung Berlin, Roter Baum Dresden

Grundsatzklärung

des Koordinierungsrats säkularer Organisationen (KORSO)

Für die Gleichbehandlung der Konfessionsfreien in Staat und Gesellschaft

Mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung ist derzeit konfessionsfrei. Mehr als drei Viertel der Konfessionsfreien orientieren sich an humanistischen Lebensvorstellungen. Diese Menschen haben in Deutschland keine angemessene Interessenvertretung. Der Koordinierungsrat säkularer Organisationen (KORSO) will hier eine Wende herbeiführen.

Die säkularen Weltanschauungsverbände in Deutschland stehen in einer langen Tradition europäischer Geschichte, die von der Antike, der Renaissance und dem Humanismus bis zu den neuzeitlichen Naturwissenschaften, der Aufklärung und den laizistischen Staatstheorien reicht. Sie sind organisatorisch überwiegend in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden, womit in Deutschland eine Befreiung von der Vorherrschaft der christlichen Kirchen begann. Sie sind den Idealen der Menschenrechte verpflichtet, wie sie seit 1948 in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen verankert sind.

Die Mitglieder unserer säkularen Organisationen treten für Toleranz und Gewaltverzicht zwischen den Kulturen und den Religionen ein. Sie streben nach individueller Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung. Wir haben durchaus unterschiedliche kulturelle und politische Vorstellungen davon, wie das eigene Leben, die Gesellschaft und der Staat gestaltet werden sollten. Wir sind stolz auf unsere Pluralität. Aber wir sind es leid, wegen unserer Weltan-

Freidenker zwischen Havel und Oder

schauung diskriminiert zu werden.

Während die beiden christlichen Kirchen durch die „hinkende Trennung“ von Staat und Kirche und entsprechende Staatskirchenverträge bzw. Konkordate fest etabliert sind und allem Anschein nach (Verlautbarungen der „Deutschen Islamkonferenz“) auch die Muslime künftig staatliche Privilegien erhalten werden, steht die Politik den Konfessionsfreien weitgehend konzeptionslos gegenüber. Diesen eklatanten Verstoß gegen das Verfassungsgebot des weltanschaulich neutralen Staates werden wir nicht länger hinnehmen!

Deshalb fordern wir gemeinsam, dass noch 2009 von der Bundesregierung eine „Konfessionsfreien-Konferenz“ einberufen wird, auf der mit uns über folgende Themen mit dem Ziel diskutiert werden soll, eine Gleichbehandlung der Konfessionsfreien und ihrer Gemeinschaften mit den Religionsgesellschaften zu erreichen und gesetzliche Regelungen dazu auf den Weg zu bringen.

Wir fordern:

- die konsequente religiöse bzw. weltanschauliche Neutralität des Staates, dessen Aufgabe es ist, die gesellschaftliche Pluralität zu ermöglichen und die Trennung von Staat und Kirche zu vollenden
- die Verwirklichung des Gleichbehandlungsgrundsatzes für alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die auf dem Boden der Verfassung stehen
- ein integratives Pflichtfach zur Wertevermittlung (wie in Berlin „Ethik“ und in Brandenburg „LER“)
- eine Gleichbehandlung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften beim Angebot von Religions-, Lebenskunde- und Weltanschauungsunterricht
- Förderung religiös bzw. weltanschaulich neutraler Sozial-, Kultur- und Bildungseinrichtungen
- Gleichbehandlung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften als freie Träger von Sozial-, Kultur- und Bildungseinrichtungen
- konsequentes Vorgehen gegen jede Art von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Fundamentalismus
- Autonomie am Lebensende und die volle rechtliche Gültigkeit von Patientenverfügungen
- Reform der öffentlichen Erinnerungs-, Gedenk- und Trauerkultur, damit künftig religiös-weltanschauliche Pluralität geachtet und auch die Meinung und Trauer nichtreligiöser Menschen respektiert wird
- Respekt gegenüber den Formen der Fest- und Feierkultur säkularer Organisationen (Namensgebungen, Jugendweihen, Hochzeiten ...)
- eigene und angemessene Vertretungen in Ethikräten, Rundfunkräten, Bundesprüfstellen u.a.m.
- Gleichbehandlung in den öffentlich-rechtlichen Medien, besonders bei Sendezeiten.

Die nächsten Termine

Potsdamer Runde am 4. März 2010



Abbildung 1 - Graphik: C. Hoffmann, aus dem Phantastik Almanach „Lichtjahr 1“

Idylle“ (Clifford D. Simak), „Entscheidungen auf dem Regenbogen“ (Arkadi und Boris Strugatzki), „Von der Unmöglichkeit, das Vollkommene zu beschreiben“ (Überblick zur frühen DDR-Zukunftsliteratur) oder „Rückblick aus einer nicht gewesenen Zukunft“ (Rezension zu Bellamy, Edward: Ein Rückblick aus dem Jahre 2000)) und vielen weiteren Artikeln. Da es bei uns viele Fans dieses Literatur-Genres gibt, wird es bestimmt ein spannender Abend.

Wir bleiben auch zur **Tag- und Nachtgleiche** in den unendlichen Weiten und besuchen am 20. März 2010 die Sternwarte Beelitz. Unser neues Mitglied, der Astronom Dr. Frank Baier, wird uns eine Einführung geben.

Am **28. März 2010** wird es auch dieses Jahr wieder einen **Ostermarsch in Potsdam** geben. Die Organisation dafür hat die Potsdamer Friedenskoordination inne. Weitere Informationen gibt es dazu auf deren Webseite:

www.friedenskoordination-potsdam.de

Die Potsdamer Runde am **1. April 2010** wird in Ergänzung zur Veranstaltung

Freidenker zwischen Havel und Oder

zur *Tag- und Nachtgleiche* im März 2010 wiederum Dr. Frank Baier referieren und zwar zum Thema „**Gibt es Alternativen zum Urknall?**“ Die Veranstaltung findet, wie gewohnt im chinesischen Restaurant „Mandarin“ statt.



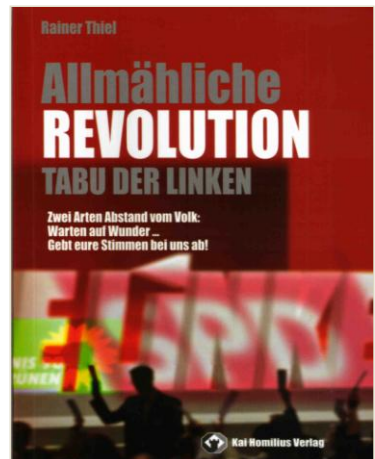
Abbildung 2 - A. Dreher, pixelio.de

Am **1. Mai 2010** werden wir wieder einen Informationsstand im Zentrum von Potsdam aufbauen, vermutlich wie die letzten Jahre auf dem Luisenplatz. (Und für Insider: Sicherlich gibt es wieder die eine oder andere Runde Blokus oder GO zu spielen.)

Die **Potsdamer Runde am 6. Mai 2010** beschäftigt sich mit dem Artikel 9 der Japanischen Verfassung → „In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegrün-

deten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. // Um das Ziel des vorhergehenden Absatzes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegsführung wird nicht anerkannt.“ – Wortlaut des Artikels 9 der Japanischen Verfassung gemäß Wikipedia-Eintrag.

Zur **Potsdamer Runde am 3. Juni 2010** wird Rainer Thiel aus seinem jüngsten Buch „**Allmähliche Revolution – Tabu der Linken**“, Zwei Arten Abstand vom Volk: Warten auf Wunder... Gebt eure Stimme bei uns ab!“ Lesen und wir werden Gelegenheit haben mit dem Autor zu diskutieren. Sicherlich wäre ist es nicht ganz verkehrt, sich mit dem Buch vorher zu beschäftigen. Das Buch ist im Homilius-Verlag im Dezember 2009 erschienen und hat einen Umfang von 271 Seiten. Es kann über folgende ISBN-Nummern bestellt werden 3897066572 (ISBN-10) oder 978-3897066571 (ISBN-13) und kostet 22,90 Euro.



Freidenker zwischen Havel und Oder



Abbildung 3 - Sebastian Schubanz, Wikipedia

Anlässlich der **Sommersonnenwende** werden wir am **19. Juni 2010** die Slawenburg Raddusch besuchen. Die Burg ist eine von ca. 40 in der Niederlausitz ursprünglich bestehenden ringförmigen Wallanlagen. Diese Burgen waren im 9. und 10. Jahrhundert durch den slawischen Stamm der Lusitzi errichtet worden und dienten als Fluchtburgen für die in unmittelbarer Nähe lebende Bevölkerung.

Weitere Informationen zu unseren Potsdamer Runden (IMMER der erste Donnerstag im Monat im chinesischen Restaurant Mandarin in der Lindenstr. 44, Potsdam) *TuNgs*, zur *SSW* oder zur *WSW*, aktuelle Aktualisierungen sowie den kompletten Veranstaltungsplan für das Jahr 2010 erhaltet Ihr auf unserer Webseite www.brandenburger-freidenker.de oder erhaltet Ihr über unsere E-Mail-Adresse vorstand@brandenburger-freidenker.de.

Bundesweite Termine

Tagung „Zur Revision des antifaschistischen Grundkonsenses in der Gegenwart“ am 10. April 2010 in Thüringen, Informationen über Gottfried Schunke (0173) 9087738 oder Helga Borchert (036204) 50559 (E-Mail-Adresse dfv-thueringen@freidenker.org).

Linker Liedersommer: Für eine solidarische Welt – Gegen Ausbeutung und Krieg, **11.-13. Juni 2010, Burg Waldeck** (Gemeinsame Veranstaltung von **Freidenker** zwischen Havel und Oder

Hessen, Rheinland-Pfalz und der Jenny Marx-Gesellschaft), Informationen über Karin Gottlieb dfv-rps@freidenker.org oder Norbert Müller dfv-hessen@freidenker.org . Informations-Flyer über folgende URL <http://www.hessen.freidenker.org/Waldeck2010.pdf>

Für weitere Informationen zu bundesweiten Veranstaltungen besucht bitte die Webseite des Deutschen Freidenker-Verbandes e.V. über www.freidenker.org



Abbildung 4 - Rolf van Melis, pixelio.de

Liebe Mitglieder,

leider haben wir den Einzug der Mitgliedsbeiträge technisch derzeit nicht wie gewünscht im Griff und erhalten von der Sparkasse in dieser Frage auch keine Unterstützung. Bitte überweist Euren Beitrag (48,- € pro Jahr ohne Ermäßigung, 36,- € für Fördermitglieder) auf untenstehendes Konto.

Bitte teilt uns auch Eure Adressänderungen so schnell wie möglich mit, entweder telefonisch oder per E-Mail an unsere allseits bekannte E-Mail-Adresse (siehe unten), damit Verzögerungen bei der Zustellung des FREIDENKERS vermieden werden können.

Ebenso sind wir natürlich offen für Eure Hinweise und Kritiken bezüglich unse-

rer Vorstandsarbeit. Selbstverständlich könnt Ihr auch als Mitglieder beratend an den Vorstandssitzungen teilnehmen. Bei Interesse einfach bei uns nach den nächsten Treffen fragen.

Brandenburgischer Freidenker-Verband e.V.

Konto 3503 3158 10, BLZ 160 500 00
bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam

Ralf Lux, Willy-A.-Kleinau-Weg 28, 14480 Potsdam, Telefon (0331) 610565
Ulf Rassmann, Fürstenwalder Weg 30, 15711 Königs Wusterhausen
Jens Oldenburg, Kantstr. 29, 14471 Potsdam, Telefon (0174) 4605047

E-Mail vorstand@brandenburger-freidenker.de

Web <http://www.brandenburger-freidenker.de>